

Irans Mullahs bestellten 100 000 Demonstranten

Protestresolutionen in Teheran fielen bisher aber gemäßigt aus

BM Teheran - Als Reaktion auf das Berliner Mykonos-Urteil ist es in Iran zu neuen anti-deutschen Großdemonstrationen gekommen. Die aufgebrachte Menge forderte zunächst den Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik. Die Menschen ballten die Fäuste und skandierten Losungen gegen Deutschland. Auf Plakaten war zu lesen: „Faschismus, Aufstand, Sklave des Zionismus“. Allein in der Hauptstadt Teheran zogen Hunderttausende auf Bestellung des Mullah-Regimes vor die deutsche Botschaft.

In einer später verlesenen Resolution wurde dann jedoch nur eine Herabstufung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gefordert. Polizisten verhinderten, daß eine deutsche Flagge und eine Puppe, die den als „Faschisten“ titulierten Berliner Gerichtsvorsitzenden Kubsch darstellen sollte, verbrannt wurden. Auch bei den Slogans hielt sich die Menge hauptsächlich gegen die USA und Israel gerichtet.

Politische Beobachter sehen sich

durch die vergleichsweise maßvollen Proteste in der Erwartung bestätigt, daß zumindest die politische Führung in Teheran den Konflikt mit Deutschland in Grenzen halten will.



Demonstranten zeigen eine Karikatur des Berliner Gerichts in Teheran. dpa

Der stellvertretende iranische Parlamentspräsident Hassan Rowhani rief die Regierung auf, geplante Investitionen in den neuen Bundesländern zu stoppen. Radio

Teheran berichtete gestern außerdem, Rowhani habe in einer Rede vor dem Parlament angeregt, von deutschen Unternehmen 18 Milliarden Mark Entschädigung zu fordern, weil sie ihrer Zusage nicht nachgekommen seien, in Iran ein Atomkraftwerk zu bauen.

Nach dem Urteil des Berliner Kammergerichts, in dem die iranische Führung für die Ermordung von vier iranisch-kurdischen Oppositionspolitikern in Berlin im Jahr 1992 verantwortlich gemacht wurde, hatten die EU-Mitgliedsstaaten außer Griechenland beschlossen, ihre Botschafter aus Teheran abzurufen.

Die EU Außenminister wollen am 29. April bei einem Treffen in Luxemburg über die künftige Iran-Politik beraten. Zur Sicherheitslage sagte indes Bundesaußenminister Klaus Kinkel: „Die Menschen in Deutschland brauchen keine Angst vor Terroranschlägen zu haben.“

Unterdessen brach Iran alle Handelsbeziehungen zu Australien und Neuseeland ab, die nach dem Urteilsspruch ihre Botschafter aus Teheran zurückgerufen hatten.

AA000264